

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 66 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingeländzelle od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßort Altenberg 11

Nr. 33.

Dienstag, den 19. März 1929.

64. Jahrg.

Die Kritik am Haushaltplan

Fortgang der Generaldebatte im Reichstag — Der Arbeitsplan bis zu den Osterferien.

Der Reichstag führte am Freitag die Generalausprache über den Reichshaushaltplan fort. Vor Beginn der Plenarberatung hielt der Altpräsident eine Sitzung ab, in der über den weiteren Arbeitsplan Beschluß gefaßt wurde. Die Osterferien werden nunmehr bis zum 16. April dauern. Für den Beginn der Ferien ist noch kein bestimmter Termin festgelegt worden; der Reichstag will aber auf alle Fälle Ende dieser Woche in die Ferien gehen. Vor der Osterpause sollen u. a. noch die Vorlage über die Schenksteuer, das Baukreditgesetz für 1929, der Notetat und einige kleinere Vorlagen beraten werden.

Abg. Hedert (Komm.) bezeichnet die Deckungsvorlagen als den Versuch, der Arbeiterschaft die Verantwortung für diesen Etat aufzubürden.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) führte aus, die Diagnose des Ministers habe allgemeine Zustimmung gefunden, verschieden seien nur die Meinungen über das Heilmittel für die kranke Wirtschaft. Unsere Wirtschaft befinde sich nicht nur in einer starken Depression, sondern zeige auch bereits trübsinnigste Erscheinungen. Schon 1927 sei die Gesamtbelastung der Wirtschaft mit öffentlichen Lasten zwischen 14 bis 15 Milliarden geschätzt worden, also mehr als ein Viertel des Nationaleinkommens. Von einem vollen parlamentarischen Ultimatum könne nicht gesprochen werden, es handle sich um ein Ultimatum der deutschen Not und der gefamten deutschen Wirtschaft an die Gesamtheit aller verantwortlichen Stellen. Einsparnisse von 200 Millionen seien durchaus möglich in den Einzelstats. Die zweite Sparmöglichkeit liege bei den Überweisungen an Länder und Gemeinden.

Abg. Reinhold (Dem.) warnt, eine Panikstimmung hervorzurufen. Die Hauptschwierigkeiten kämen daher, daß uns Kapital fehle. Wir hätten eine Reihe Notjahre vor uns und müßten uns darauf einrichten. Der frühere Finanzminister v. Schlieffen habe durch seine Steuerpolitik die Substanz der Wirtschaft angegriffen und eine zusätzliche Dawesabgabe von 300 Millionen Mark verursacht. Sparmaßnahmen könne man am besten auf dem Boden einer Mehrheitsregierung durchführen. Nach den Vorschlägen seiner Partei könne man etwa 150 Millionen Mark im Etat einsparen. Die Kürzung der Länderüberweisungen dürfe ein gewisses Maß nicht übersteigen. Der Redner fordert schließlich noch die baldige Vorlegung eines Ministerpensionsgesetzes und die Abstellung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Dr. Witz (Wirtschp.) erklärte, es sei jetzt zu spät für die Sparmaßnahmen der Deutschen Volkspartei. Für einen Defizitetat sei die Wirtschaftspartei nicht zu haben. Die Deckungsvorlagen der Regierung lehnt der Redner ab. Zur Schaffung steuerlicher Gerechtigkeit sei die Besteuerung der öffentlichen Betriebe notwendig, ehe man an andere Steuern denke.

Abg. Dr. Pfeiffer (Bayer. Vp.) betont, vollkommen unannehmbar sei eine Erhöhung der Biersteuer. Sie würde fast ausschließlich von Bayern getragen werden müssen. Der bayerische Arbeiter werde die Beseitigung der Biersteuer einer Senkung der Lohnsteuer vorziehen. Einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe stimmt Redner zu.

Die zweite Redegarnitur eröffnet Abg. Schlange-Schöningen (Dnl.), der schärfste Angriffe gegen die Regierung richtet. Er erklärte, die Regierung habe das S.O.S.-Zeichen aufgezeigt, sie liege wie ein Panzerkreuzer mit der Kanone auf dem Rücken vor dem Hafen. Der Kapitän stehe hilflos auf der Brücke, die Seeleute meuterten und die Passagiere verließen fluchtartig das Schiff.

Im weiteren Verlauf seiner Rede fragt Abg. Schlange-Schöningen den Kanzler, ob er nicht auch der Meinung sei, daß Landesverrat die größte Schande ist. Wenn die Fernprozesse fortgehen sollen, solle man an die Gefängnismauern der Schulz und Heines schreiben: „So dankt das Vaterland seinen einstigen Rettern!“ Der übertriebene Parlamentarismus müsse sterben.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte nimmt sofort Reichskanzler Müller

das Wort. Der Kanzler führt aus, Abg. Schlange-Schö-

ningen habe ein schlechtes Gedächtnis. Das parlamentarische System sei im Oktober 1918 von den Hohenzollern eingeführt worden, weil das alte System verlagert habe. Ostpreußens Not habe das Kabinett wiederholt beschäftigt, jetzt habe auch der Ostpreußische Provinziallandtag seinen Dank ausgesprochen. Die Deutschen in Ostpreußen, an der Saar und im Rheinland ließen sich in ihrer Treue zum Reich nicht erschüttern, auch nicht durch Machenschaften von außen.

Bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen stehe zu viel auf dem Spiele, als daß man diese Verhandlungen zu einem Gegenstand der Agitation machen dürfe. Die Frage, wie er zum Landesverrat stehe, sei überflüssig. Forderungen, wie sie die im Reichstag verteilte Wehrbrochure Levi enthalte, habe er nie in seinem Leben vertreten: von solchen Dingen rüde er entschieden ab.

Nachdem der Kanzler noch Tendenzen zu Etatsabstrichen begrüßt hatte, erklärt Reichsminister Dietrich, er habe stets das Wohl der Landwirtschaft im Auge.

Nach längerer Debatte, in der noch verschiedene Redner zu Worte kamen, verlagte sich das Haus auf Montag.

Der Etat im Urteil der Presse.

Die Etatsrede des Reichsfinanzministers Hilferding wird in der reichshauptstädtischen Presse lebhaft besprochen; die Blätter verhalten sich, je nach ihrer Parteistellung, zustimmend oder scharf ablehnend.

Der dem Finanzminister nahestehende sozialdemokratische „Vorwärts“ meint, daß es für einen sozialdemokratischen Finanzminister sicherlich eine schwere Aufgabe gewesen sei, einen Etat zu begründen, der durch die Politik früherer Regierungen bedenklich vorbelastet und durch das Ansteigen der Reparationen zugleich mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit neubelastet sei. Hilferding habe das beste getan, was er in dieser Situation tun konnte, indem er die Dinge ganz rückwärtslos so geschildert habe, wie sie sich darstellten.

Die demokratische „Vossische Zeitung“ bezeichnet die furchtbare Arbeitslosigkeit dieses Winters, die dem Reiche unerwartet hohe Lasten auferlegt habe, als eine peinliche Zugabe zu allen anderen Schwierigkeiten dieses Etats.

In ähnlicher Weise läßt sich das gleichfalls demokratische „Berliner Tageblatt“ vernehmen. Die Rassenchwierigkeiten des Reiches, so heißt es dort, seien zweifellos durch die Flüssigmachung von Krediten für die Arbeitslosenversicherung verschärft worden.

Die „Germania“, das Organ der Zentrumspartei, weist darauf hin, daß dem mehr oder weniger bei allen Parteien vorhandenen Willen zur Sparsamkeit die unerbittliche Tatsache gegenüberstehe, daß dieser Wille nicht ausreichen werde, das Defizit auszugleichen, und daß eine steuerliche Mehrbelastung in einem gewissen durch den Zwang der Tatsachen bestimmten Umfange nicht zu vermeiden sein werde.

Die der Deutschen Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung nennt die Etatsrede des Reichsfinanzministers eine Entschuldigungsrede und schreibt am Schluß ihrer Ausführungen: „Für 1929 behauptet Hilferding, die neuen Steuern wegen des 600-Millionen-Defizits nicht entbehren zu können. Seine Ausgaben seien, so sagt er, bis auf einen geringen Rest zwangsläufig. Das stimmt, solange man sich nicht entschließt, einen Teil der Gesetzgebung, der die hohen Aufwendungen mit sich bringt, zu ändern. . . Helfen kann nur eine grundsätzliche Reform der öffentlichen Ausgabenwirtschaft, die das bringen muß, wofür Herr Hilferding so schöne Argumente zusammengetragen hat, nämlich die Sicherung der Kapitalerhaltung und der Kapitalneubildung in der deutschen Volkswirtschaft.“

Der deutschnationale Berliner Lokalanzeiger endlich erklärt, daß der Deutschnationale Dr. Obersjöhren am Schluß seiner Rede jene Wahrheit ausgesprochen habe, die man heute um Lebens und Sterbens willen nicht hören wolle: Auf die Dauer könne ein ausgeglichener Etat selbst bei angespanntester innerer Sparsamkeit nur durch die Befreiung von den Dawes-Lasten herbeigeführt werden.

Oberschlesien bleibt deutsch!

Treuegelöbnis nach acht Jahren Anechtschaft.

Zur Erinnerung an die achte Wiederkehr des ober-

schlesischen Abstimmungstages fand in Gleiwitz eine Kundgebung statt, bei der ganz Oberschlesien durch Einzelabordnungen vertreten war. Bürgermeister Dr. Goldig, Gleiwitz, hielt die Gedentrede, in der er darauf hinwies, daß Oberschlesien heute voll Trauer und Stolz des Tages gedenke, da Oberschlesien den Feindbundmächten sein Deutschtum betannte und doch zerrissen wurde. Nicht mit Waffen könnte gelämpft werden, aber stärker als alle Waffen sei nationales Wollen. Oberschlesien rufe die Klage wegen schweren Unrechtes, die Klage wegen Bruches feierlich gegebener Versprechen in alle Welt. Oberschlesiens Volk verlange Wiederherstellung vertriebenen Rechts. Dr. Goldig schloß seine Ansprache mit einem Treuegelöbnis zu Deutschland, das in einem Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Deutschlandlied ausklang.

Eine an das Auswärtige Amt und den Völkerbund gerichtete Entschließung wurde angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

Die Flüchtlinge aus Ostoberschlesien sowie die Bevölkerung Westoberschlesiens, die aus Anlaß der achten Wiederkehr des Abstimmungstages zu Tausenden aus der Provinz zusammengeströmt sind und durch Abordnungen aus fast allen Orten vertreten werden, haben mit Schmerz davon Kenntnis genommen, daß der Völkerbund weder den Willen noch die Macht hat, die hartbedrängte Minderheit in Ostoberschlesien zu schützen, und daß er entgegen dem Artikel 147 des Genfer Abkommens nichts unternommen hat, den Führer der deutschen Minderheiten, den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes Mlig, aus ungeschuldiger Haft zu befreien. Da niemals in Oberschlesien Ruhe eintreten wird, solange die unnatürliche Grenze besteht, fordern wir Wiedergutmachung des Genfer Fehlspruches, Rückgabe unserer Heimat und Wiedervereinigung Ostoberschlesiens mit seinem deutschen Vaterlande. Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie jede gangbare Möglichkeit in Anspruch nimmt, um die Befreiung der unter polnischer Herrschaft leidenden Brüder und Schwestern zu erreichen.

Die Tributkonferenz berät über die Sachlieferungsfrage.

Die Freitag-Vollsitzung der Reparationskonferenz dauerte von 3 bis 6 Uhr. Lord Revelstoke legte einen interimistischen Bericht des Unterausschusses vor, der sich mit der Kapitalbeschaffung, dem Verhältnis der geplanten Zentralbank zu den Notenbanken und der Kreditorganisation beschäftigt. Im wesentlichen besteht

über die wichtigsten Fragen Einverständnis.

Was das Sachlieferungsverfahren betrifft, so soll auch zugleich die Organisationsfrage im voraus geregelt werden. Es handelt sich dabei u. a. darum, von den Sachlieferungen solche auszuschließen, die geeignet wären, von dem bezeichnenden Lande weiterexportiert zu werden. Auch bei der Besprechung der Transferfrage soll im wesentlichen Einigkeit geherrscht haben. Aber den Zahlungsmechanismus soll man sich beinahe einig sein.

Hochwasserunglück in Amerika.

Im Mississippi-Gebiet 20 000 Menschen abgeschliffen. 100 Millionen Dollar Sachschaden.

In Georgia, Florida und Alabama wächst sich das Hochwasser zu einer immer größeren Katastrophe aus. Mehrere hundert Quadratmeilen Landes sind völlig überschwemmt. Mehr als 20 000 Menschen schweben in Gefahr. Die Rettung der Bewohner aus den Orten im Überschwemmungsgebiet ist vielfach nur durch Boote möglich. Auch dabei haben sich noch zahlreiche Unglücksfälle durch das Kentern der überlasteten oder unvorsichtig geführten Boote ereignet. Dazu kommen noch vielfache Entgleisungen von Zügen auf den unterwasserhohen Bahndämmen. Der angerichtete Sachschaden wird auf 100 Millionen Dollar angegeben.

In Georgia sind Freitag nacht 3000 Personen gezwungen gewesen, nach dem Berggebiet zu fliehen, da das Wasser in den Straßen eine Höhe von 1,80 Meter erreichte. In Elba erreichten die Fluten einen Höchststand von 6 Metern. Zahlreiche Häuser vermochten dem riesigen Wasserdruck nicht standzuhalten und brachen zusammen. 150 Menschen kamen allein in diesem Ort ums Leben.